

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **RM. 2.00**, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 20 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 214.

Freitag, den 14. September 1906.

13. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag

für

beide Mecklenburg und Vöbek

am Sonntag, 21., und Montag, 22. Oktober, zu Lübeck.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Parteisekretärs.
2. Massenbericht.
3. Bericht der Kreisvertrauensmänner.
4. Die Lage der medl. Landarbeiter. Referent: Reichstagsabgeordneter Herzfeld.
5. Die Verfassungsfrage.
6. Bericht über die Konferenz der sozialdemokratischen Bürgervertreter. Berichterstatter: Fr. Starosson.
7. Beratung der Anträge.

Der Parteisekretär W. Kröger,
Kostock, Dobexanerstraße 6.

Zur Konzentration des Kapitals.

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters in seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen befristeten Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

So beginnt bekanntlich das Programm des sozialdemokratischen Deutschlands. Um zu sehen, wie schnell die Konzentration des Kapitals vor sich geht, tut man gut, den Handelsteil der bürgerlichen Presse zu verfolgen. Vor allem genügt es nicht, die Zunahme großindustrieller Anlagen und ihre befähigende Vergrößerung allein zu berücksichtigen. Die Vereinigung und die Kapitalerhöhung der großen Banken sind für die Naturgeschichte der heutigen Wirtschaftsordnung von ganz besonderer Bedeutung. In den Banken strömt das Kapital aus allen Richtungen zusammen; die Banken verwalten Millionen und Abermillionen von Kapitalen und sind so dafür ausschlaggebend, wie Milliarden von Summen angelegt werden, in was für Betriebe der den Arbeitern abgepreßte Mehrwert in erster Linie gesteckt werden soll, um neuen Mehrwert zu heben. Neuerdings bringt ein Blatt der Berliner Bourgeoisie, die „Vossische Zeitung“, sehr interessante Mitteilungen, welche neue Beweise für die marxistische Konzentrationstheorie enthalten. Anfang 1904 erhöhte die Dresdener Bank ihr Kapital durch Ausgabe neuer Aktien um 30 Millionen, der Schaaffhausensche Bankverein um 25 Millionen Mark. Sodann gingen die beiden Banken eine „Fusion“ ein, d. h. sie vereinigten sich nicht zu einem Unternehmen, sondern schlossen mit einander Vereinbarungen, nach denen sie einander stets in die Hände arbeiten und den gemeinsamen Gewinn gleichmäßig unter einander verteilen. Die schlauen Direktoren der Gesellschaften rechneten heraus, daß der Staat bei dieser Form der Vereinigung schlechter fortkommt, wie es bei einer Verschmelzung der beiden Gesellschaften der Fall gewesen wäre.

Da die Steuern zum Teil „progressiv“ sind, d. h. ein um so höherer Prozentsatz genommen wird, je höher die Einnahmen sind, vermeiden die Bankleiter die juristische Vereinigung beider Unternehmen. Sie lebten zusammen wie Bobbelski mit seiner Frau: in Gütertrennung, aber in gemeinsamem Genuß beiderseitiger Einkünfte. Raum war die Fusion zustande gekommen, so übernahmen die beiden Banken gemeinsam eine ganze Reihe anderer großer Banken. Sie sogen die Deutsche Genossenschaftsbank von Sörgel, Parisius u. Co. auf, übernahmen das Bankhaus von Erlanger Söhne in Frankfurt a. M., beteiligten sich am Bankhaus Sp. H. u. Co. in Basel und wurden gemeinsame Inhaber der Westdeutschen Bank in Bonn und der Niederrheinischen Kreditanstalt von Peters u. Co. in Krefeld. Dieser Mißgelingen wurde im Jahre 1905 dadurch v. rückt, daß die Rheinische Bank in Mühlheim an der Ruhr sich der Fusion der beiden Riesenunternehmen anschloß. Der Schaaffhausensche Bankverein war überdies schon seit dem Jahre 1903 eine Interessengemeinschaft mit der Mittelrheinischen Bank in Koblenz eingegangen und vervollständigte dieses einträgliche Verhältnis mehr und mehr. Als die Unionbank in Wien ihre Aktienkapital vermehrte, war der Schaaffhausensche Bankverein bei der Emission (Ausgabe) der Aktien beteiligt und vermehrte so seine Geschäftsverbindungen mit Österreich-Ungarn. Ferner gründeten die beiden fundierten Banken im Ausland die deutsche Orientbank und die deutsch-südamerikanische Bank. Ferner beteiligte sich dieser Bankklingel an den Unternehmungen des Newyorker Weltbankes J. B. Morgan u. Co., das in London und Paris Filialen hat, wie sich der amerikanische Milliardenär auch an den Geschäften der koalitierten deutschen Banken beteiligte.

Jetzt beabsichtigt jede der beiden Banken, sowohl die Dresdener Bank wie der Schaaffhausensche Bankverein, ihr Aktienkapital um je 20 Millionen Mark, zusammen also um 40 Millionen Mark zu erhöhen.

Schon in den Jahren 1904 und 1905 sind die Umsätze und Gewinne der „Interessengemeinschaft“ gewaltig angeschwollen. Für Handel und Industrie, für Bergbau und den nicht durch die Staatsbahnen und Staatskanäle verkehrten Teil des Personen- und Warenverkehrs ist der Einfluß weniger Riesenbanken ausschlaggebend.

Folgende in der „Vossischen Ztg.“ wiedergegebene Statistik über die ursprünglichen Grundkapitalen und Reserven, sowohl der größten Banken sind sehr bemerkenswert:

	Grundkapital	Reserven	Summe
	(Alles in Millionen Mark)		
Dresdener Bank	180,00	ca. 50,00	230,00
Schaaffhausenscher Bankverein	145,00	ca. 32,00	177,00
Summa	325,00	ca. 82,00	407,00
Deutsche Bank	200,00	97,00	297,00
Disconto-Gesellschaft	170,00	57,59	227,59
Darmstädter Bank	154,00	29,50	183,50
Berl. Handelsgesellschaft	100,00	29,00	129,00
Nationalbank f. D.	80,00	12,00	92,00
Kommerz- und Disconto-Bank	85,00	11,90	96,00

Die sieben größten deutschen Banken verfügen mithin über ein Kapital von 1433 Millionen Mark. An Depositen, d. h. bei ihnen von Kapitalisten zwecks Verzinsung oder Bewahrung niedergelegten Kapitalen, steht ihnen aber das vielfache dieser Summe zur Verfügung. Fast alle wichtigen Aktiengesellschaften und eine große Zahl von Privatunternehmen sind von diesen Banken völlig abhängig, ohne den Kredit, den die Banken ihnen einräumen, müßten sie zusammenbrechen. Vielfach sind die Aufsichtsräte der Industrie- und Gewerbeunternehmen Direktoren bei den Banken und umgekehrt die Bankdirektoren im Aufsichtsrat der Fabriken. Unter unsern größten Unternehmern gibt es wohl nicht einen, der nicht in der Verwaltung einer der Riesenbanken sitzt.

Das koalitierte Bankkapital wird immer mächtiger. Früher machten sich die Dresdener Bank und der Schaaffhausensche Bankverein Konkurrenz, jetzt sind sie koalitiert. Wenn also jetzt noch die verschiedenen großen Banken mit einander in Wettbewerb treten, um sich das eine oder andere Geschäft nicht entgehen zu lassen, so wird bald die Stunde des Vielbundes der großen Finanz die des Zweibundes ablösen. Große Riesen-Geschäfte, z. B. Milliardenanleihen von Staaten, schließen sowieso die Banken stets gemeinsam ab. So bestehen zwischen den Direktoren der verschiedenen, noch miteinander konkurrierenden Banken enge persönliche und gesellschaftliche Beziehungen, welche zur Beschleunigung der wirtschaftlich notwendigen höchsten Kapitalkonzentration beitragen werden.

Die Vereinigung der Finanzkapitale beschleunigt aber auch die Vertrustung der Industrie, denn in den Schatullen ein und derselben Bank liegen, je mehr sich das Bankkapital vereinigt, die Aktien der noch miteinander konkurrierenden Industrieunternehmen. So führt die „freie Konkurrenz“ allmählich zur Ausschaltung des Wettbewerbes, zur Monopolisierung der Produktion in wenigen Händen, zur Ausbeutung des ganzen Volkes durch wenige großkapitalistische Unternehmungen. Dadurch wird die Produktion zweckmäßiger gestaltet, aber die Früchte der gesteigerten Produktion kommen immer weniger Menschen zugute, bis dieser auf die Spitze getriebene Kapitalismus in sein Gegenteil, den Sozialismus, umschlägt.

Politische Studien.

Deutschland.

Wie Kolonialstimmung erzeugt wird. Wie der „Frei. Ztg.“ aus Schlesien geschrieben wird, ist noch vor wenigen Tagen dort — und an anderen Orten wird es nicht anders sein — in einer Kreislehrerkonferenz, sogar im Beisein des Landrats, ein Vortrag über das Thema gehalten worden: „Welche Bedeutung haben die deutschen Kolonialbestrebungen für das Vaterland, und in welcher Weise sind diese Bestrebungen auch in der Volksschule zu fördern?“ Die Beantwortung dieser Frage überläßt man wohlweislich nicht dem Vortragenden, sondern man überläßt ihm von vornherein Leitfäden, an die er sich bei der Besprechung zu halten hat. Diese Leitfäden sind sehr interessant für die Tendenz, mit der die Angelegenheit behandelt wird. Sie lauten: 1. Die durch die deutschen Kolonialbestrebungen erworbenen Gebiete sind in verschiedenem Hinblick bedeutungsvoll für das Vaterland. 1. Sie bieten der deutschen Flotte Stützpunkte dar. 2. Sie sind geeignet einen Teil des deutschen Auswandererstromes aufzunehmen. 3. Der Reichsregierung wird Gelegenheit geboten, die Missionare, welche als Verkünder des Evangeliums und Bioniere der Kultur lehrreich wirken, kräftig zu unterstützen. 4. Die Hauptbedeutung unserer Kolonien liegt auf wirtschaft-

lichem Gebiete, indem durch sie a) dem deutschen Volke billige Nahrungs- und Genussmittel, b) der deutschen Industrie wertvolle Rohstoffe verschafft und neue Absatzgebiete eröffnet werden. 5. In jenen Gebieten kann sich deutscher Forschungsdrang betätigen. 11. Damit die Kenntnis von dem Wert unserer Kolonien Gemeingut des Volkes werde, müssen schon in der deutschen Jugend Interesse und Verständnis für jene Bestrebungen erweckt werden. — Diese Punkte beweisen, in welcher gemeinschaftlichen Form gearbeitet wird, um für die Kolonien Stimmung zu machen. Denn gemeingefährlich ist es, wenn behauptet wird, die Sandwüsten und Fieberneister sollten einen Teil des deutschen Auswandererstromes aufnehmen und dem Volke billige Nahrungs- und Genussmittel verschaffen.

Der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen, ist heute morgen im Alter von 69 Jahren gestorben. Das Ableben der Regenten ist insofern von Bedeutung, als durch dasselbe die Welfenfrage wieder akut geworden ist. Nächster Thronanwärter war vor 22 Jahren und ist auch heute noch der Herzog von Cumberland. Derselbe wird den Thron bestiegen können, wenn er durch das laubische Joch der Anerkennung der Bündnisverträge und der Reichsverfassung spaziert. Da er das jedoch wahrscheinlich nicht tun wird, so wird wohl wieder ein Regent eingesetzt werden. Vorerst sind die „Regierungsgeschäfte“ von einem Regentens-Komitee, bestehend aus dem 3 Mitgliedern des Staatsministeriums, dem Präsidenten der Landesversammlung und dem des Oberlandesgerichts, auszuüben. Ein Jahr erhält jedoch der Herzog von Cumberland Bedenkzeit. Fügt er sich nicht, erfolgt die Regentens-Einsetzung seitens der Landesversammlung. Regent ein Prinz muß dann das „schwierige“ Amt des Regenten übernehmen und im Schwelge seines Angefichts die Steuergroßen des braunschweigischen Volkes verzerren.

Strafvolkung an Jugendlichen. Außer der im Artikel der gestrigen Nummer behandelten Frage ist aus den Beratungen des Kriminaltagungs noch das Referat des Prof. Freudenthal-Frankfurt a. M. über Amerikanische Kriminalpolitik hervorzuheben. Er führte aus: Das zurecht in den Vereinigten Staaten herrschende System ist das neue der Zweckstrafe. Es ruht auf soziologischer Basis, d. h. man sieht die gesellschaftlichen Faktoren, wie Erziehung und Umgebung des Täters, als Hauptbedingungen des Verbrechens an. Dem entsprechend sieht man die Hauptaufgabe darin, im Einzelfall zu ermitteln, warum das Verbrechen begangen und was zur Verhütung des Rückfalls zu tun ist. Drei Schlagworte charakterisieren dies System: Reformschulen, Bewährung (Probation), Jugendgerichtshöfe (Juvenile Courts). 1. Reformschulen bestehen in Amerika schon seit 1825 und zwar im allgemeinen für Jugendliche zwischen 7 und 16 Jahren. Ihr Besserungssystem ist in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die über sechszehnjährigen und die für sie bestimmten Reformanstalten ausgedehnt worden. Beide Arten von Besserungsanstalten wollen erziehen, die Reformanstalten aber in strengerer Zucht. „Besondere Anstalten“, nicht bloß besondere Abteilungen für Jugendliche hält man allgemein für absolut notwendig. Es wird aber sowohl zwischen Besserungsschulen und Besserungsgefängnissen, wie zwischen diesen und dem alten Vergeltungsgefängnissen möglichst scharf differenziert. In den Besserungsgefängnissen sucht man den Gefangenen umzubilden. Diese Umbildung aber erstreckt sich auf seinen Körper, seinen Verstand und seinen Charakter. Nur Erziehungsfähige behält man darum in den Reformgefängnissen. Die ihrer Erziehung dienende Organisation wird gekennzeichnet durch Progressivsystem, unbestimmte Strafart und vorläufige Entlassung. Alle Anstaltszucht aber entfremdet der Freiheit. Darum überweist man in Amerika lieber an Familien als an Anstalten. Doch sind dort geeignete Familien für Verbrecher vielfach schwer zu finden. Um so größere Bedeutung hat in Amerika 2. die Bewährung. Im Gegensatz zu unserer bedingten Strafaussetzung und zur bedingten Verurteilung kommt es bei der Bewährung oder Probation in der Hauptverhandlung gar nicht zu einer Verurteilung des überführten Angeklagten. Er wird nur vom Richter auf gewisse Zeit der Schulaufsicht eines Probations-Officers unterstellt. Der große Vorzug dieses Instituts vor den unsrigen liegt darin, daß es dem Angeklagten den Ruf der Verurteilung erspart und ihn nach der Hauptverhandlung während der Bewährungsfrist nicht sich selbst überläßt. 3. Jugendgerichtshöfe. Im Gegensatz zur Reformsystem, dem in den Einzelstaaten der Union Gefangene z. T. bis zu 30 ja 40 Jahren unterworfen werden, und zur Probation, die vielfach nicht bloß Jugendliche erfasst, werden vor die Jugendgerichtshöfe im allgemeinen nur junge Leute bis zum 16 Lebensjahr gebracht. Der Zweck dieser Höfe ist, die jungen Leute zeitlich und räumlich von alten Verbrechern zu trennen. Auch soll, wer sie aburteilt, Spezialist für Jugendfachen sein, damit er im Einzelfalle die richtige Maßregel fasset, um den Jugendlichen auf den rechten Weg zu bringen. Zu diesem Zweck sind dem Jugendrichter in den vor-

geschrittenen Staaten auch weitgehende Rechte über alle diejenigen gegeben, die zu dem Jugendlicher in irgend welchen Beziehungen stehen. Dem Jugendrichter steht zur Seite der Probations-Officer, der den einzelnen Sachverhalt vor der Verhandlung feststellt, den Richter in der Verhandlung berät und demnach die Schuldschuld zu übernehmen hat. Die Entscheidung wird trotz ihrer Jugend einmütig in Amerika als gelungener betrachtet. Eine große Zahl von Staaten und Städten hat sie binnen kurzem übernommen. Am besten sind ihre Ergebnisse da, wo der Jugendrichter nichts als Jugendrichter ist oder doch wenigstens seine Funktion möglichst selten wechselt. — Die Ergebnisse für uns sind etwa folgende: 1. Bedingte Verurteilung statt bedingter Strafaussetzung. Vorläufige Entlassung als regulärer Teil des Strafvollzuges. Welche verbunden mit Schuldausgleich. Hier also Zurückdrängung der Freiheitsstrafe. 2. Vergleich zwischen Vergeltungs- und Zweckstrafe. Unterwerfung besserungsfähiger Jugendlicher unter letztere auf der Grundlage unbestimmter Strafart und progressiven Strafvollzuges. 3. Uebernahme der Jugendgerichtshöfe unter Befehung mit möglichst pädagogischen Jugendrichtern.

Wohlfühl ist immer noch Minister. Er beherbergt zur Zeit auf seinem Gute den ältesten Sohn Wilhelm II. — gleichsam als Demonstration gegen die, die da glauben, Pöb habe sich durch seine Machinationen unmöglich gemacht.

Um „Kenntnisse“ zu sammeln, will der neue Kolonialdirektor persönlich die deutschen Kolonien ansuchen. Hoffentlich verleiht ihm die Sandwüsten und Fieberzester nicht sein neues Amt.

Es geht schon wieder los. Kaum ist der zweite Sohn Wilhelm II. verheiratet, da fangen die Schwols schon wieder an, ihre langen Nasen in die intimsten Familienverhältnisse des Prinzen zu stecken. So melden in den letzten Tagen die Blätter:

„In Oldenburg dementiert das Hofmarschallamt des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen die Mitteilung der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“ über ein bevorstehendes Familienereignis in des Prinzen Familie.“

Widerliches Pressegebäl!

Ein freiwilliger Kolonialkommissar. Der nationalliberale Reichstagsabgeordneter Semler hat sich nach Südwestafrika begeben, um die für die zukünftige Wohnanlage vorgezeichnete Strecke Kubub — Keetmanshoop und die für eine etwaige Verlängerung nach Windhuk vorgezeichnete Strecke persönlich kennen zu lernen. Der Abgeordnete Semler hat bereits vor einiger Zeit in bezug auf die Frage dieses Eisenbahnbauwerks eine recht seltsame Äußerung ausgesprochen. Am 26. Mai d. z. erklärte er im Reichstage zur Empfehlung des Bahnbauwerks, er habe „Grund zu der Annahme, daß, wenn die Bahn bewilligt wird, wir eine definitive Zusage bekommen können, daß von den Truppen 5000 Mann zurückgezogen werden.“ Auf die Provokation des Abg. Gröber sprach er sich dann am 28. Mai nach Ablehnung der Bahn mit rühmendwerter Offenherzigkeit aus, wieso er zu dieser Annahme gekommen sei. Danach hat er sich privatim an den Erbprinzen zu Hohenlohe mit der Frage gewandt, ob es denn nicht möglich sei, den vom Reichstage wiederholt geäußerten Wunsch auf Verringerung der Schutztruppe nicht nur mit Hoffnungen und Erwartungen, sondern mit bestimmten klaren Erklärungen und bestimmten Zahlen zu beantworten. Als der Erbprinz erwiderte, über diese Frage entscheide nicht er, sondern der Kaiser, fragte ihn Semler, ob es denn nicht möglich sei, daß eine bestimmte Erklärung auf 5000 Mann erfolge unter Vorbehalt der Genehmigung des Kaisers. Hierauf trat dann der Erbprinz in direkte Beziehung zum Abg. Dr. Semler, der Kaiser habe unter der Voraussetzung, daß die Bahn gebaut werde, eingewilligt, daß 5000 Mann zurückgezogen werden könnten. Unter großer Unruhe der Linken und den Rufen „Hört! Hört!“ wurden diese Behauptungen Dr. Semlers von dem Reichstage aufgenommen. Der Abg. Kaufmann von der Deutschen Volkspartei erwiderte dann im Verlaufe der Debatte: „Der Herr Abg. Semler hat, was jedenfalls von seinem Standpunkt nicht richtig war, damit (durch die Veranlassung der Anfrage des Erbprinzen bei dem Kaiser. Red.) den allerhöchsten Herrn in die Abstimung und den Mißerfolg des vorigen Sonnabends hineingezogen, was nach meiner Meinung von der nationalliberalen Partei sehr wenig geschickt gewesen ist.“ Auch der Abgeordnete Gröber (Zentrum) kritisierte ausführlich das eigenartige Vorgehen Dr. Semlers. Jetzt ist nun dieser Herr auf dem Wege, um sich über die südwestafrikanischen Bahnen zu „informieren“. Dazu ist er aber durchaus nicht die geeignete Persönlichkeit, denn in seinem anonym erschienenen Buche „Togo und Kamerun“ hat er bewiesen, daß ihm die Fähigkeit, sich ein unbesangenes und sachverständiges Urteil zu bilden, völlig abgeht.

Wieder ein Abgeordneter als Zeuge. In dem Strafverfahren gegen einige Unterbeamte der Kolonialverwaltung ist auch der freisinnige Abgeordnete Eichhoff in Bielefeld auf Sylt als Zeuge vernommen worden. Herr Eichhoff, der freisinnige Flottenpolitiker, hat jedoch, wie es heißt, sein Zeugnis nicht verweigert. Von den Pflichten, die die Immunität des Abgeordneten anerkennen, scheint dieser Freisinnige danach wenig Begriff zu haben. Die Zeugnisleistung muß, wenn sie sich auf Dinge bezieht, die mit der Abgeordnetenschaft zusammenhängen, notwendig zu einer Durchlöcherung der Abgeordnetenimmunität führen.

Allergetreueste Opposition. Die Schwarzfächer Rede des Kaisers hat in der Presse wenig Zustimmung gefunden. Bemerkenswert ist eine Auslassung der „Kölnischen Zeitung“. Das Blatt, das seine Einwendungen selbst im Namen der „allergetreuesten Opposition seiner Majestät“ vorbringt, nimmt vor allen Dingen Anstoß an der Anforderung, daß sich die Konfessionen zur Bekämpfung des Unglaubens zusammenfinden möchten. Dies Wort klingt bedenklich an einen der hauptsächlichsten Programmpunkte des Essener Katholikentages an. Wenn dieses Wort dahin ausgelegt werden sollte, daß der „politische Konfessionalismus“ herrschen sei, als Macht im Staate zu gelten, so werde seiner Majestät allergetreueste Opposition diese Aufforderung selbst dann bekämpfen, wenn das katholische Schluß sie bedeuten sollte.“ Nach der Prüßische, die die Nationalliberalen bei dem Schulberpfändungs-

test allerdings kaum erwarten können! Die wild-nationalliberale „Heimlich-Weißfällische Zeitung“ hält beim Wort des Kaisers, das die Schwarzfächer verbannt, ein Wort Friedrich II. entgegen: „Ich will absolutement, daß so regiert werde, daß die Leute ins Land kommen und nicht wieder hinauslaufen.“ Das Blatt vergißt, daß dieses Wort sich nicht etwa gegen den Absolutismus richtete, den Friedrich II. in ausgeprägtester Form repräsentierte, sondern nur dem Wunsch Ausdruck gab, daß das durch die Erberoberungsstele erteilte Land wiederum „hauptiert“ (bevölkert) würde, sei es auch von „Heiden oder Mohammedanern“, wie Friedrich II. es selbst ausdrückte. — Sehr hübsch macht sich eine Bemerkung der „Post“. Sie meint, daß das scharfe Wort gegen die Schwarzfächer nur geeignet sei, die „tiefe Mißstimmung“ noch zu vertiefen und zu verbreitern, welche die jüngsten gesetzgeberischen Taten, insbesondere die Verlehrssteuer, unabweislich im Volke hervorgerufen haben, und zwar — das ist das allerbedenklichste — in vielen sonst gut uationalen und rührigen Kreisen.“ Das vom Großkapital ausgehaltene Blatt ist also selbst zum Schwarzfächer geworden, weil sich unter den neuen Steuern auch einige Lasten befinden, die von den besitzenden Klassen mitgetragen werden müssen. Die patriotische Kurasthemung der „Post“ macht also sofort gallem „Nörgelertum“ Platz, wenn der Geldbeutel der Schlotbarone auch nur in der mildesten Weise in Mitleidenschaft gezogen wird!

Dänemark.

Das Ergebnis der Landthingswahl. Soweit das Ergebnis der Wahlmännerwahlen bis jetzt vorliegt, kann man damit rechnen, daß von den 22 zur Wahl stehenden Landthingmandaten wahrscheinlich vier, mindestens aber drei von Sozialdemokraten besetzt werden. In Kopenhagen siegte die Demokratie — Sozialdemokraten und Radikale — in denselben Kreisen wie bei der Folkethingswahl vom 29. Mai — mit Ausnahme des ersten Kreises, der sich mehr und mehr zu einem von Bourgeoisie bewohnten Stadtteil entwickelt. In der Hauptstadt sind im ganzen 431 sozialdemokratische und 129 konservative Wahlmänner gewählt. Den Konservativen werden jedoch ohne weiteres die 560 Wahlmannmandate der Höchstebesteuerten zufallen, so daß sie bei der Abgeordnetenwahl über 689 Stimmen verfügen und 4 von den 7 Landthingssitzen Kopenhagens erhalten, während 3 von Sozialdemokraten und Radikalen besetzt werden. Für die sozialdemokratischen-radikalen Listen wurden 21 414 Stimmen abgegeben, für die konservativen 11 404. Bestände nicht das Zweiklassenwahlrecht und würden die Mandate gerecht verteilt, so müßten die Sozialdemokraten und Radikalen 5, die Konservativen 2 Mandate erhalten. Im zweiten Landthingwahlkreis, Kopenhagens Amt mit Frederiksberg, Frederiksberg und Høvdal umfassend, sind 43 sozialdemokratische und 30 radikale Wahlmänner gewählt, sowie ungefähr 80 von der Regierungspartei und den Moderaten. Es ist ohne Aussicht vorhanden, daß die Sozialdemokratie hier ein Landthingmandat erhält, ebenso die Radikalen, die auf Unterstützung von einer Anzahl unmittlbarer Landthingswähler (solcher Leute, die — weil sie im letzten Jahre die höchsten Steuern zum Staat und zur Autonomie zahlten — direktes Landthingswahlrecht haben) rechnen können. Im vierten Wahlkreis, Insel Bornholm, sind 5 Sozialdemokraten, 2 Radikale, 14 Regierungsparteiler und 3 Konservative gewählt. In Nordjütland, dem 7. Landthingskreis, sind in den Landgemeinden 98 Regierungsparteiler, 7 Radikale, 2 Sozialdemokraten und 4 Konservative und Moderaten gewählt; dazu kommen von Ålborg 13 Sozialdemokraten und von Nørre-Sundby 1 Sozialdemokrat. Im 9. Landthingskreis, Njütland, sind in den Landgemeinden 129 Regierungsparteiler, 18 Sozialdemokraten, 7 Radikale und 2 Wilde gewählt; in den Städten 25 Sozialdemokraten und 11 Radikale. In diesem Kreise scheint die Wahl eines sozialdemokratischen Landthingsmannes möglich, jedoch nicht sicher. Im allgemeinen zeugt das Ergebnis der Wahlen von dem unaufhörlichen Fortschritt der sozialdemokratischen Partei und ebenso von dem Verfall der Regierungspartei, die sich in einigen Kreisen mit den Konservativen alliert hatte.

Rußland.

Eine blutige Statistik. Die „Ruskaja Gajeta“ hat sich der Mühe unterzogen, die Opfer an Menschenleben, die im Klingen mit der Revolution gefallen, für das Jahr 1905 zahlenmäßig nachzuweisen. Das Blatt kam dabei zu folgenden Zahlen:

nieder gemerkelt	14 130 Personen
hingerichtet	900 „
verwundet	19 524 „
Total 34 554 Personen	

Außerdem wurden verhaftet ca. 72 000 Personen. Der bekannte Schriftsteller und Arzt Schbankow machte, auf Grund von Zeitungsnachrichten, die folgende Zusammenstellung für den Zeitraum vom Februar 1905 bis Mai 1906 (mit Ausnahme vom März 1905, für den er über keine zuverlässigen Angaben verfügte):

getötet	13 650 Personen
verwundet	12 828 „
hingerichtet (mit und ohne Gericht)	1159

Hierbei ist zu bemerken, daß sämtliche Zahlen von der Wirklichkeit bedeutend übertroffen werden. Alle Opfer können schon aus technischen Gründen nicht verzeichnet werden. Die Vertreter der Regierung und des Kapitals hatten folgende Verluste zu verzeichnen:

getötet	720 Personen
verwundet	810 „

Darunter: Generalgouverneure, Gouverneure, Stadthauptleute, Admirale 34; Polizeimeister und deren Gehilfen 38; Polizeioffiziere (Zeprowniz, Prislawa und dergleichen) 204; Schulente 206; Urjadniks, Wachleute usw. 184; Offiziere des Detachments und der Gendarmerie 17; Gendarmerieunteroffiziere 51; Geheimagenten und Spione 56; Armeeoffiziere 61; Soldaten und Kosaken 164; Post- und Telegraphenbeamte 23; Eisenbahnbeamte 57; Tschinowniks anderer Ressorts 79; Dorfbehörden 20; Vertreter des Unterrichtsministeriums 19; Geistliche 31; Großgrundbesitzer 49; Fabrikanten, Fabrikdirektoren und Arbeiter 64; Bankiers, Kaufleute, Hausbesitzer 64; Privatpersonen und unbekannt Gebliedene 270. — Nach Monaten gegliedert, gibt die letztere Tabelle ein beachtenswertes Resultat: die geringste Zahl von

Attentaten fällt auf den Monat November, das heißt auf die Zeit der allergeringsten Repressionen, wo in Kasanb fast ausschließlich Freiheit herrschte. Ein schlagernder Beweis dafür, daß der Schrecken von unten nur durch den Schrecken von oben hervorgerufen wird.

Vom Tage. Die sozialistische Partei in Warschau beschloß als Protest gegen die Stieber-Mohelaten demnachst einen einstägigen Streik zu veranstalten. In Stieber wurden von der Soldateska neuerdings noch 9 Tote schwer verletzt. Wie gemeldet wird, wurde bis jetzt festgestellt, daß die Zahl der Toten 142, die Zahl der Schwerver- und Leichtverwundeten 450 beträgt. 280 Personen wurden verhaftet. — Um 8 Uhr abends wurde in Warschau in der Pragerstadt in seinem eigenen Wagen der Oberst Jakowlew, der Befehlshaber der Spionageleite für die politischen Gefangenen, durch einen von einem Unbekannten abgegebenen Revolverbeschuß getötet. Die ihn begleitenden zwei Offiziere sprangen aus dem Wagen und blieben unverletzt. Der Attentäter entkam. Jakowlew wurde nach der Polizei gebracht, war aber bereits eine Leiche. — Aus Petersburg wird geschrieben: Die Reichskontrolle hat Untersuchungen in Höhe von 7 Millionen Rubel entbedt. Es handelt sich um Operationen beim Bau von Schiffeen und Wasserwegen im Gouvernement Wilna. Zur Zeit der Untersuchungen war Chef der Verwaltung der Wasserwege D. Swantzk, Minister der Wegelkommunikation war Fürst Schilkow.

Cuba.

Die Revolution scheint wieder aufzuladern. Baldo-mero Acosta, ein angesehenes Bewohner Habanas, brach mit 100 Mann nach El Cano auf, um sich den Insurgenten anzuschließen. Sämtliche männliche Bewohner von San Jose und Las Djas gingen gleichfalls zu den Rebellen über. An der Börse in Havana trat ein Kurssturz ein. — Ueber die Stadt Havana ist der Kriegszustand verhängt worden.

Nationalliberale „Jugendeseelen“.

P. L. In Hannover waren am Sonnabend und Sonntag die Vertreter der nationalliberalen Jugendvereine zusammengekommen, um in getheimen und öffentlichen Sitzungen ihre Meinung sowohl zu dem Verhalten der nationalliberalen Fraktion im Reichstage als auch zu dem Problem der Wohnungsfrage und der Frage der Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts in den Einzelstaaten zu sagen. Natürlich klang das meiste sehr radikal, wie man es bei den Jungliberalen gewohnt ist. Mit den Jahren reift jedoch in der Regel in diesen Leuten die Erkenntnis, daß es nicht gut ist, wider den Strom zu schwimmen, und das, was man früher als Ideal bezeichnete, wird im Alter als Jugendeselekt erkannt. Darum ist der Tagung der nationalliberalen Jugendvereine kein großer Wert beizumessen.

Immerhin ist es interessant, zu sehen, wie das Verhalten der „gereiften“ Vertreter der nationalliberalen Partei von dem jungen Nachwuchs bewertet wird. Es gab kaum eine Stimme, welche die Haltung der Fraktion bezüglich der Reichsfinanzreform billigte und noch viel weniger fand die Förderung der Schulreaktion in Preußen durch die Nationalliberalen Zustimmung. Wir hieraus jedoch folgern wollten, daß in Zukunft die Fraktion Drehscheibe ihre volksfeindliche Arbeit einstellen und andere Wege wandeln würde, der befindet sich in einem gewaltigen Irrtum. Der Nationalliberalismus kennt kein anderes Programm, als dieses: den bestehenden Klassen muß die Macht, und dem Volke die Religion sowie die Steuerlasten erhalten bleiben. Danach richten sich alle Maßnahmen dieser Partei, trotz gelegentlicher liberaler Anwendungen, die nur dazu dienen sollen, der Masse Sand in die Augen zu streuen. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, und diese Taten sprechen eine herabedte Sprache; sie werden auch durch keinen auf Täuschung berechnete Redensarten aus der Welt geschafft.

Was nun die Siederbevölkerung am meisten interessiert, das ist die Stellungnahme der Jugendvereine zu der Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten. Sowohl die Ausführungen des Referenten als auch die des Korrespondenten sind Beispielenhiebe für die Macher des Siederer Wahlrechtsraubes, an deren Spitze der „Jungliberale“ Dr. Ludwig stand. So sagte der Referent Generalsekretär Zimmermann im Laufe seiner Rede folgendes:

„Man sagt, das Reichstagswahlrecht habe die Sozialdemokratie großgezogen, und möchte deshalb ein Wahlrecht finden, das sie wieder totschlägt. Solch ein Wahlrecht ist aber unerfindbar, weil jede Wahlrechtsgeffaltung höchstens dazu führen könnte, daß die sozialdemokratischen Wähler weniger Abgeordnete in die Volksvertretungen schicken. Je mehr indessen die sozialdemokratische Wählerschaft in ihrem Wahlrecht beschränkt würde, um so mehr müßte in ihr die Verbitterung zunehmen, und schließlich einen Grad erreichen, der zum schlimmsten führen könnte. Deshalb ist sogar jedes Wahlrecht, das der Sozialdemokratie ihre Geltungsmachung in den Volksvertretungen verwehrt, dem Gesamtwohl zuwider. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist nicht mit dem Wahlrecht, sondern durch entschlossene liberale Politik, durch rückhaltlose Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterinteressen und der Interessen anderer Erwerbskategorien erföhren. Ein weiterer Einwand gegen das Reichstagswahlrecht ist der, es sei wohl fürs Reich geeignet, aber nicht für die Einzelstaaten, und zwar — so hat unter anderem der anhaltische Staatsminister von Dallwitz erklärt — weil die Einzelstaaten auf die direkten Steuern angewiesen sind und deshalb den Volkskategorien größeren Einfluß gewähren müßten, die die Lasten der direkten Besteuerung im wesentlichen tragen. Nun halten sich aber auch in den Einzelstaaten direkte oder indirekte Steuern die Wage, und außerdem sind Steuerfrage und Wahlrecht durchaus unversgleichbare Dinge. Die Gefahr ist allerdings nicht zu übersehen, daß in einem kleinen, stark industriell bevölkerten Staat diese der Industrie angehörenden arbeitenden Volksschichten ausschlaggebenden Einfluß in der Volksvertretung gewinnen könnten. Aus dieser Möglichkeit darf man aber nicht folgern, daß eine

Parlamentarische Mehrheit unbedingt gegen das Staatswohl zu erhalten müßte. Es gibt also keinen Grund, um das Reichstagswahlrecht für die Einzelstaaten abzulehnen.

Hier wird also vom Referenten dasselbe gesagt, was wir schließlich des Wahlrechtsvertrages schon öfter ausgeführt haben, und was — wenigstens nach seiner Meinung — von dem Gründer des hiesigen nationalliberalen Jugendvereins, Dr. Ludwig bereits verschiedentlich widerlegt worden ist. Natürlich hat Dr. Ludwig dieselbe Entwicklung hinter sich, welche die nationalliberalen Jugendvereine noch vor sich haben; er hat sich vom Demokraten und Liberalen zum Reaktionsär „durchgerungen“. Wollten wir diese Wandlungsfähigkeit schäfer kritisieren, so würde der Herr Doktor jedenfalls wieder zum Gericht laufen, um sich dort seine gute Meinung attestieren zu lassen, wie das schon einmal — allerdings mit wenig Glück — geschehen ist.

Sehr richtig führte der Korreferent Hübsch-Nürnberg aus, wenn man will, daß die Arbeiter ein Interesse an Vaterlande haben sollen, so muß man ihnen diejenigen politischen Rechte geben, die ihnen in Vaterlande zustehen müßten. In Lübeck vertritt man ten Arbeitern die politischen Rechte, und damit logischerweise auch das Interesse an Vaterlande. Das taten „liberale“ Leute. Wie kommt es nun unter solchen Umständen die so häufig von Dr. Ludwig Amtsblatt aufgestellte Behauptung aus, daß die Sozialdemokratie vaterlandsfeindlich ist! Man merkt nur um so deutlicher, daß es den „liberalen Anzeigen“ ihren Hinterrücken und ihrem Vetter nur darauf ankommt, den Gegner zu verächtlichen und ihn herabzusetzen. Natürlich ist diese Methode nur für politisch Kurzsichtige, deren es leider noch viele gibt, wirksam.

In der Diskussion fand der Sohn des ehemaligen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten P. Gebhardt, der Vorsitzende des hiesigen nationalliberalen Jugendvereins Dr. Gebhardt, den Mut, als Vertretiger der Lübecker Wahlrechtaktion aufzutreten. Er führte nach dem „Hann. Courier“ folgendes aus: „Ich muß meine Heimat Lübeck, die kürzlich ein Zweiklassenwahlrecht eingeführt hat, in Schutz nehmen gegen die Vorwürfe, die hier gegen das Klassenwahlrecht erhoben sind. Ich bin der Meinung, daß das Wahlrecht der Einzelstaaten nur von den Angehörigen dieser Staaten behandelt werden kann. Ich bin ein entschiedener Anhänger (!) des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den Reichstag, nicht aber für die Umbräue, denn es gibt Bundesstaaten, die zu seiner Einführung heute noch nicht fähig sind. Für Lübeck ist die Einführung des Reichstagswahlrechts jedenfalls nicht möglich. Kühner erklärt es für unbedenklich, daß das Staatsbürgerrecht in den Hansestaaten, wie es bei dem Reichstagswahlrecht der Fall sein würde, in die Hände der Lohnarbeiter und der fluktuierenden Bevölkerung überginge.“ — Man sieht, die Redensarten, die bei Senat und Bürgerchaft anlässlich der Wahlrechtsverschlechterung zur „Begründung“ der Wahlrechtsverschlechterung herhalten mußten, sind in Hannover nur wiedergelautet worden. Es schickte einzig der bekannte Schwindel mit dem angeblichen Bebel'schen Ausspruch: „Durch die Hansestädte usw.“ Selbst die Mehrheit der in Hannover anwesenden nationalliberalen Jugendvereiner war damit nicht zu überzeugen, denn sie nahm eine Resolution an, in der grundsätzlich die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten gefordert wird. Der Vertreter Lübecks stimmte selbstverständlich dagegen und erhärtete die Tatsache — die schon lange öffentliches Geheimnis war — daß hierorts die Nationalliberalen, ob jung oder alt, Feinde des Reichstagswahlrechts, und nicht nur der Einführung desselben in den Einzelstaaten, sind. Ob man nun wenigstens die Konsequenz ziehen und aus dem Reichsverband der nationalliberalen Jugendvereine austreten wird? Wie glauben es kaum, obwohl sonst der gefälschte Beschluß doch auch für den Lübecker Verein bindend sein müßte. Man wird weiterwurzeln im vaterlandsfeindlichen Sinne und zur Zeit der Reichstagswahl sich an Ende gar zum Beweis für die Wahlrechtsfreundlichkeit der Nationalliberalen auf die in Hannover beschlossene Resolution berufen. In Lübeck würden auf diese Art allerdings nicht einmal Einfallspunkt mehr auf den Daim gelodet.

Das Amtsblatt schreibt nun in seiner gestrigen Abendausgabe sog. Glossen zur Tagung der Jungliberalen in Hannover. Dieselben sind wahrhaft rührend zu lesen. Es wird nämlich darin behauptet, daß die Vertreter des Jungliberalismus nicht die Pfad gewandelt sind, die ihnen der Gründer des hiesigen Vereins wies. Am wenigsten gefällt dem Dr. Ludwig die Behandlung des Wahlrechts in den Einzelstaaten. Da redet er von alten Lächerlichkeiten aus der Kämpfer des Radikalismus, von Märgen, welche die Referenten anwandten usw., ganz, als würde gegen die Sozialdemokratie polemisiert. So sehr ernsthaft sind die Glossen natürlich nicht gemeint, denn ihr Verfasser weiß aus eigener Erfahrung ganz genau, wie wandelbar die Ansichten gerade bei manchem politischen Gernegroß sind. Dieselben Leute, die in Hannover sich so radikal geberdet, werden vielleicht in ihrer Heimat in der Praxis ganz anders handeln. Und weil das der Fall ist, sind auch wir der Meinung, daß in Hannover große Worte geredet sind, denen die Taten nicht folgen werden. In „gereiften Jahren“ werden vielleicht dieselben Leute, die heute für das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten schwärmen, diese Haltung als „Jugendbespiel“ bezeichnen. Der Sozialdemokratie ist es gleich, ob die Jungliberalen sich radikal oder die Fraktion Drehscheibe sich reaktionär geberdet; Volksfeinde sind beide Gruppen, und als solche müssen sie bekämpft werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 13. September.
Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streits sind die Kollegen ausgesperrt. Zugang von Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Hilfsarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.
Achtung, Flussschiffer! Ueber den Betrieb von A. S. O. ist W. e. ist die Sperre verhängt.
Videant consules! Man schreibt uns: Am kommenden Montag tritt unsere Bürgerchaft nach den Sommerferien wieder zusammen. So weit bis jetzt über die Tagesordnung der ersten Sitzung etwas verlautbart ist, scheint es, als wenn der schon in der am 16. Juli d. J.

auf der Tagesordnung verzeichnete Antrag Dr. Wittern: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, ihr eine Gesetzesvorlage entgegenzubringen, wonach diejenigen Anlieger, welche durch die Höherlegung des Fahrdammes an der Untertrave nachweisbaren Schaden erleiden, diesen Schaden aus öffentlichen Mitteln ersetzt erhalten“ nicht wieder auf der Tagesordnung erscheinen soll und doch wäre es dringend notwendig, daß sich die Bürgerchaft einmal recht eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigen würde. (Zwischen ist dieser Gegenstand als letzter auf die Tagesordnung der Bürgerchaftsversammlung am nächsten Montag gesetzt; er dürfte jedoch schwerlich zur Verhandlung kommen. Red.) Es ist schlechterdings schwer zu verantworten, die Anlieger der Untertrave und den in dieselbe einmündenden kleinen Straßen und Gängen, jetzt für die Unterlassungsfünden der Baubehörde büßen zu lassen. Unseres Erachtens nach hätte dieselbe doch bei der Ausarbeitung der Baupläne auf die bedenkliche Lage der niedrig gelegenen Häuser aufmerksam werden und veranlassen müssen, daß mit den Eigentümern Verhandlungen zwecks Umbau oder auch Enteignung der Grundstücke rechtzeitig angebahnt worden wären. Der unheilvolle Zustand, daß unser Amtsblatt mit einer nicht jedem zugänglichen politischen Tageszeitung verquillt ist, bringt es leider mit sich, daß die amtlichen Bekanntmachungen, die Protokolle der Bürgerchaft und des Bürgerausschusses, sowie die durch Rat und Bürgerchaft zustande gekommenen Beschlüsse und Verordnungen nur einem winzigen Bruchteil der Einwohner bekannt werden. Es ist deshalb auch erklärlich und man kann es den Betreffenden glauben, daß sie überrecht und wie vor den Kopf gestoßen waren, als sie nun in den letzten Wochen die Sandberge vor ihren Häusern entstehen sahen. Das schon seit 1904 langsam fortschreitende Bauteil hatte überdies einschläfernd auf die betreffenden Hauseigentümer gewirkt, daß eine so bedeutende Erhöhung des Fahrdammes stattfinden würde, hat Niemand, auch der Einrichtigste nicht erwartet, zumal eine am 19. Februar in der Bürgerchaft an den Senat gerichtete Anfrage, wie es mit der Regulierung der anliegenden Straßen Alshede, Bok- und Grüner Gang sowie der Peterfilienstraße werden würde, bezeichnender Weise unbeantwortet geblieben war. Jetzt, in der zwölften Stunde, muß die Frage: was soll werden? dringend wiederholt und um Antwort gebeten werden. Mit dem Hinweis, daß sich die Anlieger am neuen Bahnhofslande auch hätten gefallen lassen müssen, daß ihre Häuser zum Teil im Erdboden verschwunden seien, kann es an der Untertrave nicht sein verwendet haben, denn hier handelt es sich ausschließlich um solche Geschäftshäuser, die mit dem Handel und Verkehr aufs engste verbunden sind. Ein ganz erheblicher Teil dieser Grundstücke ist fast vollständig entwertet. Dann aber — und das ist das allerbedenklichste — entsteht durch die kolossale Erhöhung der Straße und des Fahrdammes bis zu fast einem Meter eine direkte Gefahr für den Gesundheitszustand der Bewohner des ganzen nordwestlichen Stadtteils. Man scheint sich gar nicht dabei bedacht zu haben, daß die hinter der Straßenfront in den Gängen liegenden Häuser ungefähr einen Meter tiefer als der Fahrdamm zu liegen kommen, daß namentlich der Grüne Gang später ein tiefes Tal vorstellt, welches bei jeder, auch der geringsten Ueberschwemmung unter Wasser gesetzt wird. Es ist eine für jeden, der die Verhältnisse an unserem Hafen kennt, allbekannte Tatsache, daß bei einer Ueberschwemmung, lange bevor das Wasser über die Bohrlöcher oder Kaimauern flutet, die Häuser von den Sietroten aus unter Wasser gesetzt werden. Wenn man noch trockenen Fußes den Kai und Fahrdamm passieren kann, steht in den Häusern das Wasser zum Teil schon in ansehnlicher Höhe. Dieser traurige Zustand wird sich in der Folgezeit noch ganz bedeutend verschlechtern. War es bisher noch möglich, den Bewohnern des Grünen Ganges mit Bäten zu Hilfe zu kommen, sie zu verpflanzen und wenn nötig aus ihrer verzwweifelt Lage zu retten, so wird das in Zukunft nicht mehr angängig sein, denn durch den Stakarakt des Gangeingangs an der Untertrave wird schließlich ein Boot herein, geschweige denn herauskommen. Mit der Straßenregulierung hätte gleichzeitig eine Regulierung der Siele vorgenommen werden müssen; indem man dieses unbegreiflicher Weise unterläßt, vergrößert man nicht nur die Ueberschwemmungsgefahr, man legt auch den Keim zu mancherlei typhösen Krankheiten, welche nur zu leicht einen epidemischen Charakter annehmen können, denn man bedenke, daß die Möglichkeit, beim Sinken der Trave das Wasser aus den Haustüren zu entfernen, jetzt den überschwemmten Bewohnern genommen ist; dieselben müssen ruhig die Zeit abwarten, wo es durch den Boden abgezogen ist, um dann die unliebsame Beobachtung zu machen, daß all der eile flinkende Schmutz, der von den hochgelegenen Stadtteilen durch die Sietroten gekommen ist, als Rückstand verbleibt. Hat die Medizinalbehörde einmal nach dieser Richtung hin Erhebungen angestellt, hat sie schon einmal in den früher überschwemmten Häusern Nachfrage nach der verbliebenen Feuchtigkeit gehalten? Wir können ihr die Versicherung geben, daß noch heute die Wirkungen der großen Sturmflut von 1872 in den Häusern zu spüren sind und bei jeder weiteren Ueberschwemmung stärker zu Tage treten sind. Heute amüßeren sich die Spaziergänger, wenn sie die im Erdboden versunkenen Häuser mit den zum Teil vermauerten Fenstern und den kellerartigen Eingängen betrachten ohne sich bemüht zu sein, welchen Jammer ein die Wasser der Trave vor sich herpeitschender böser Nordost heraufbeschwören kann. Deshalb noch einmal die Frage: was soll und muß geschehen, um späteres namenloses Unglück zu verhüten? Den Konsulin — hier die Bürgerchaft — deren Amtes es ist, mögen auf der Wacht sein, damit das Gemeinwesen keinen Schaden erleide; das möchten wir der am Montag zusammentretenden Bürgerchaft hiermit zurufen.

Parteienossen!
Trinkt kein Lagerbier.
Der Bierkrieg betitelt sich ein Artikel des „Landboten“, in dem u. a. von unserem Genossen Südelman behauptet wird, er habe im Reichstage gesagt, die Brauereien würden zur Abwälzung der Steuererhöhung genötigt sein. Hier handelt es sich wieder einmal um eine der von freisinniger Seite beliebten kleinen Fälschungen, denn Südelman hat vor der Steuererhöhung gewarnt

und nur gemeint, daß die Brauereien gegebenenfalls die Mehr-Steuern nicht selbst tragen, sondern dieselben auf die Konsumenten abwälzen würden. Zu sagen, daß die Brauereien dazu genötigt wären, ist ihm gar nicht eingefallen.
Achtung, Metallarbeiter! Auf Howaldswerken in Dietrichsdorf bei Stiel haben gestern vormittag die Former und Gießereiarbeiter die Arbeit niedergelegt wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen und Wahrung von Vertrauensleuten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Städtische Badeanstalten. Wäberabgabe im August. Krähentisch: Herrenbad: 16354, Gemeinnützige Gesellschaft 2439, zusammen 18793; Damenbad: 13986, Gemeinnützige Gesellschaft 2584, zusammen 16570; im ganzen: 35363, im August 1905: 39261, 1906 weniger: 3894, seit dem 15. Mai 1906: 103448. Falkendamm: Herrenbad: 11288, Gemeinnützige Gesellschaft 3045, zusammen 14333; Damenbad 9981, Gemeinnützige Gesellschaft 3630, zusammen 13611; im ganzen: 27944, seit dem 1. Juni 1906: 74873. Die unter der Rubrik Gemeinnützige Gesellschaft verzeichneten Schwimmunterricht den Badeanstalten zur Erlernung des Schwimmens überwiesenen Kindern aus unseren Volksschulen genommen worden.

Die Tagesordnung für die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, den 17. September, weist folgende Gegenstände auf: I. Wahl eines zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden. II. Mitteilungen des Senats. III. Anträge des Senats: 1. Ankauf des Grundstückes Untertrave Nr. 94. 2. Ankauf eines Erbbaugrundstückes in Israelisdorf. 3. Errichtung einer dritten Gerichtsschreiberstelle und einer dritten Gerichtsschreibergehilfenstelle beim Landgericht. 4. Neueingelung des städtischen Begräbniswesens. 5. Stempel-Überschuldungsabgabe für die Sparkasse der Lübecker Genossenschaftsbank, e. G. m. b. H., in Lübeck. 6. Verteilung des Enteignungsrechtes an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft zur Herstellung einer eigenen Einführung der Lübeck-Schlutupper Bahn in den Lübecker Bahnhof. 7. Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Lorenz Süd. 8. Entwässerungsanlage in der Ernststraße, Rabenstraße und im Grünen Weg. 9. Ausgleichung der Abrechnung der Oberaufsichtsbehörde für das Rechnungsjahr 1905. 10. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen: a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spirituosen. b) Entwurf eines dritten Nachtrages zu der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1898, betreffend die Gebührensätze der Senatskanzlei, der Referatsbehörde in Gewerbesachen, des Polizeiamts, des Finanzdepartements, des Stadt- und Landamtes und der Baudeputation. IV. Antrag von Dr. Wittern: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, eine Revision der Gehalte der Gerichtsvollzieher, der Gerichtsschreiber, der Gerichtsschreibergehilfen und der Hafenmeistergehilfen in Erwägung zu ziehen. V. Antrag von Schulmerich: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, eine Revision des Beamtenbesoldungsetats in Erwägung zu ziehen. VI. Antrag von Dr. Wittern: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, ihr eine Gesetzesvorlage entgegenzubringen, wonach diejenigen Anlieger, welche durch die Höherlegung des Fahrdammes an der Untertrave nachweisbaren Schaden erleiden, diesen Schaden aus öffentlichen Mitteln ersetzt erhalten.

Straßenverre. Wegen vorzunehmender Straßenarbeiten wird die Strecke der Cronsförder Allee zwischen der Feldstraße und dem bei dem Grundstück Cronsförder Allee Nr. 129 einmündenden Feldwege von Mittwochabend ab bis auf weiteres gesperrt. Der Verkehr wird durch die Feldstraße, den Borraderweg und den erwähnten Feldweg geleitet.

Im Wilhelmtheater hat sich nun an den drei aufeinanderfolgenden Abenden der trübliche Erfolg von Gustav Kadelburgs jüngster Schöpfung wiederholt. Leider muß „Der Weg zur Hölle“ mit der morgigen Aufführung vom Spielplan verschwinden, da überhaupt nur noch drei Vorstellungen stattfinden können und schon für Sonntag Schluß der Spielzeit festgesetzt ist. Verfüme daher niemand die Gelegenheit, die Bekanntheit des heiteren Stückes zu machen, wer einmal herzlich lachen will, dem sei der morgige Abend sehr empfohlen.

Der Bürgerausschuß beschäftigt sich gestern mit dem Bericht seiner Kommission betr. den Bau einer Siedelung für das Travemünder Strandgebiet, der 48200 Mk. erfordert. Es wurde die Rücküberweisung der Vorlage an die Kommission beschlossen.

Mit den Theaterbauplänen beschäftigte sich gestern der Bürgerausschuß. Obwohl die Sitzung wie immer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ist das hiesige Anzeigenblatt in der Lage, mitzuteilen, daß die Dülfer'schen Pläne einer scharfen Kritik unterzogen worden sind, und daß auch die Auswahl des Preisrichterkollegiums bemängelt wurde. Es soll nunmehr von der Theaterbaukommission geprüft werden, ob die bewilligten Gelder für den Bau ausreichen. In etwa acht Wochen werden die Dülfer'schen Spezialpläne vorliegen, die hierüber einen genaueren Ueberblick geben.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 16 1/2 Grad.

pb. Festgenommen wurde in Travemünde ein Bettler, der sich in einem Hause, wo er um ein Almosen ansprach, einen Hut rechtswärtig aneignete.

Schwartau. Mit der oldenburgischen Steuerpolitik und der Bierpreisbildung wird sich eine am morgigen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Gasthof Transvaal“ stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Referent ist Genosse Stelling-Lübeck. Nicht der Genossen ist es, für ein volles Haus zu sorgen.

Mierdorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Zur Bierfrage nahm Mittwochabend eine Versammlung, bestehend aus den Delegierten der Landesorganisation der Sozialdemokratie Hamburgs, den Vertretern der Parteienossen von Altona, Ottensen und Wandsbek, den Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorständen von Hamburg-Altona und Wandsbek, Stellung. Nachdem im Auftrag der Parteileitung und der Kartellkommission Genosse Henje referiert und als Vertreter des Wite-Altona-Ausschusses Genosse Schulz gesprochen, wurde nach lebhafter Diskussion einem Antrag der Parteileitung und der Kartellkommission gemäß beschlossen, der Arbeiterschaft Elbstädtekomplex zu empfehlen, für Bier nur den alten Preis bei altem Maß zu bezahlen; ferner ein von Parteileitung und Kartellkommission herausgebendes Flugblatt über die Bierfrage zu verbreiten. In dem Referat wurde darauf hingewiesen, daß unter altem Maß und altem Preis zu verstehen sei: mindestens 1/4 Liter für 10 Pf.; 1/2 Liter für 15 Pf.
Hamburg. Selbstmord eines Schulknaben. Im Treppenhause des Hauses Pfaffenstraße Nr. 74 wurde

gestern morgen die Leiche eines 13-jährigen Schulknaben aufgefunden, der seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hatte. Der Junge soll in der Schule Bücher gestohlen und sich dann aus Furcht vor Strafe erhängt haben, nachdem er zuvor in der Pfaffenstraße noch eine Bestrafung gemacht hatte.

Bremen. Die Bürgerchafts-Ergebnisse hat folgendes Resultat geseigt: Lademann (SD.) 237 Stimmen, Berninghausen (lib.) 381 Stimmen. Im Vergleich zur Hauptwahl ist bei den Sozialdemokraten ein Stimmenrückgang von 13, bei den Bürgerlichen von 48 Stimmen eingetreten.

Aus Nah und Fern.

Zur Kavallerie angeführt. Fräulein M. in Passenheim, Ostpreußen, eine erwachsene Bürgerstochter, die hielt, so wissen die „M. W. f. pr. Mitt.“ zu berichten, dieser Tage vom Bezirkskommando in Ortelburg einen Befehl erhalten, worin ihr die Mitteilung gemacht wird, daß sie zur Kavallerie angeführt sei und sich am 10. Oktober an Ort und Stelle zu melden hätte. Ob sie wohl erscheinen wird?

Als reuiger Sünder bekennt sich ein Handwerksmeister in Schweden (Hankover) in folgender mit seiner Namensunterschrift versehenen Zeitungsaussage: „Meine Annonce vom 28. August, worin ich meine Frau kecklos erklärte, nehme ich hiermit zurück mit dem Bemerken, daß die betreffende Infektion mehr aus Ueberreizung und ohne Ueberlegung meinerseits, teils aber auch auf Ratsen und Dureben Fremder geschähen ist.“ — Wie mag es dem armen Wurm wohl nach seinem ersten Infektat ergangen sein?

Ja so! Zwei kleine Beamte treffen sich auf der Straße. „Wie geht's?“ „Wie soll's gehen, schlecht, sehr schlecht!“ Bei den vielen Steuern weiß man nicht mehr aus und ein! Sogar meine liebe Zigarette hat mir der Stengel und Konfjorten verweigert; der Teufel hole diese ganze Bande — „Um Gottes willen! Schreien

Sie doch nicht so! Sie reden sich ja um Kopf und Kragen!“ Aber lieber Kollege, lassen Sie mich doch aussprechen: Der Teufel hole diese ganze Bande von den Teufeln! Was dachten Sie denn?“ (S. 81.)

West- und Ostpreußen.

Düsseldorf. Das Kriegsgericht verurteilte den Mann Fint zu drei Monaten Gefängnis, weil er in seine Arrestzelle: „Hoch die Anarchie!“ und „Hoch die Sozialdemokratie!“ geschrieben hatte.

Mühlheim a. d. Ruhr. In der Nacht zum 12. Septbr. verlor auf der Friedrich-Wilhelmshütte ein Arbeiter ein Daß erdbenartige Getöse war stundenweit zu hören. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Interlaken. Gestern Mittag wurde Landgerichtsrat Schindler aus Wien, der als Kurgast in Interlaken weilte, auf dem Gelände der im Bau begriffenen Gardebahn von einem durch einen Sprengstoff losgelassenen Steine getroffen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb. Seine Frau, die sich bei ihm befand, blieb unverletzt. Der Zugang zu dem Gelände war verboten.

Paris. Das im August 1906 wegen des Hundertmillionen-Schwindels zu 5 Jahren Gefängnis verurteilte Chevarier Humbert in Paris wurde heute auf Beschluß des Ministerrats bedingungsweise in Freiheit gesetzt.

Warenpreise vom 12. Septbr.

Bauern-Mark 125 Mt., **Meierei-Mark** 140 Mt., **Säfen** 170-220 Mt., **Euten** 270-320 Mt., **Hühner** 170-220 Mt., **Kühen** 120 Mt., **Lauben** 0,50 Mt., **Gänse** 75 Pf., **Flügels** 70 Pf., **Schweine** 1,50 Pf., **Wur** 0,60 Mt., **Schinken** 1,30 Mt., **Wurst** 1,30 Mt., **Eier** 7 Stück 60 Pf., **Karpfen** 80 Pf., **Ger. Saug** 70 Pf., **Barische** 70 Pf., **Mal** 0,80 Mt., **Weste** 6-8 Mt., **andere Sorten** 100 Pf., 6-10 Mt., **Blauwe**

100 Pf. — Mt., **Blumenkohl**, Kopf 30-50 Pf., **Stirschen**, 100 Pf., **Roh** 100 Pf., **Cur**, 100 Pf., **12 Mt.**, **Birne** 100 Pf., **5,50 Mt.**, **Kartoffeln**, beste, 100 Pf., **3. Mt.**, **per 10 Liter** 60 Pf., **magnum bonum** 200 Pf., **5. Mt.**, **Kartoffeln** 10 Liter 50 Pf., **Seringe** 2 St. 10 Pf., **Dorsche** genügend, **Brachsen** 1 Pf., **Gemüse** genügend.

Ämtliche Notierungen der Produktbörsen.

Inländisches Getreide. **Rübed.** 12. Septbr. Weizen, neuer 127-132 Pf., **holl.**, Mt. 166-171, **Roggen** neuer, 120-125 Pf., **Mt.** 145-150, **Safer**, alter, je nach Qualität Mt. 170-175, **neuer**, je nach Qualität Mt. 152 bis 160, **Gerste**, neue, je nach Qualität Mt. 150-160.

Sternschanz-Viehmarkt. **Hamburg**, 12. Septbr. 1906. Der Schweinehandel verlief ruhig. Zuführt wurden 476 Stück, davon vom Norden — Süd, vom Süden — Süd. Preis: Verkaufsschweine: schwere 72 Mt., leichte 73-73 1/2 Mt., Sauen 65-69 Mt. und Ferkel 68-72 Mt. pro 100 Stück.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Auskunftstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hoch erfreut

Gerhard Buche und Frau, geb. Holz.

Zu sofort oder später im Hause Ecke **Wasserweg-Gärtnergasse** (Mühlentor) mehrere vollständig neu eingerichtete Wohnungen zur Jahresmiete von 150-220 Mark. Näheres bei **Schnepel**, im Hause Wasserweg 2, Erdgeschoss.

1 unterh. Kinder- u. Sportwagen zu verkaufen. **Sundestraße 12, I.**

Gutnähe Singer-Trittmahsch. 20 Mt., **Stich-Blislampe** 5 Mt. **Fähnhaufen 24, I.**

Schöne Ferkel u. Bagnünger sind zu den billigsten Tagespreisen zu verkaufen. **J. Klüwer, Schwartauer Allee 133.**

Verloren ein schwarzer gehäkelter Schultertrag von Arminstraße bis Heinrichstraße. Abzugeben **Lühnowstraße 3a.**

Bürgerlichen Mittagstisch für junge Leute gibt **Frau Kloock, Ebdaustraße 22 a, I., (St. Lorenz).**

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohle. Markt 4 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. Z.:

Leberhosen	2,20-3,45
Maurerhosen	2,60-3,75
Schlosserhosen	1,88-3,25
Ueberziehhosen	1,08-2,35
Wirtshosen	1,68-3,25

leichte Jaden, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjaden, Friseurjaden, **Waler-Mäntel** erstklassig billig.
Hüten von 30 Pf. bis 1,88 Mt.
Note Lubeca-Marken.

Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts,

sowie alle anderen Brennmaterialien empfiehlt in vorzüglicher Ware billigst. Fernruf 242. **Christian Gäde** Kontor Fischergrube 4 u. bei der Drehbrücke.

Achtung! Hafenarbeiter (zentral).

Verammlung am Freitag den 14. Septbr. abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, **Johannisstraße 50-52**

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht
3. Sonstige Verhandlungsangelegenheiten.

Am zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 50.

Kolonial- und Zeitwaren in bester Qualität. **Da. neue Salzburken à Stk. 10 Pf.** empfiehlt **A. Burmester, Steinraderweg 30b** Auf alle Waren rote Lubeca-Marken.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Sonntag den 16. September: Ausflug

mit der Bahn **10 Uhr** vorm. nach **Waldhusen**, von dort zu Fuß am **Hemmelshorfer See** entlang über **Ossendorf** u. **Hemmelshorfer** nach **Zimmendorfer Strand** und dann nach **Hansdorf**. Rückfahrt von dort **8,11 Uhr** abends. Karten sind **20 Mt.** vor Abgang des Zuges am Bahnhof vom Vorstände zu haben.

Panoramafarten à 15 Pf. in der Geschäftsstelle, **Dreitestr. 24**, und bei den Boten.

Billig! Große saure Serringe, fein mariniert, à St. 5 Pf. Billig! **Wiederverkäufer billiger. Fischergrube 61.**

Den **Gewerkschaften u. Vereinen** empfehlen sich zur Versicherung ihrer Feste als **Kunst- radfahrer** **Joh. Mustin** Adr.: **Westhoffstr. 32** nebst 8-jährigem Neffen.

Achtung Maurer!

Bandelegierten-Sitzung am Freitag den 14. September 1906 abends 8 1/2 Uhr im **Ferienhaus, Johannisstr. 30 b**. Das Erscheinen aller Delegierten ist notwendig. **Der Vorstand.**

Klub Fidelitas.

Gesellschafts-Abend am Sonntag den 16. September 1906 in **Saße's Gesellschaftshaus, Johannisstraße 25.** Anfang 6 Uhr abends Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pf. **Der Vorstand**

Panorama **Dreitestraße 53, I. Etg.** Diese Woche ausgestellt: **Savoyen.** Geöffnet von 11 Uhr morgens bis 10 Uhr abds.

Hansa-Theater. Sonntag den 16. Sept. 1906: Beginn der **Winter-Saison.**

Wilhelm-Theater. Freitag: Zum letzten male. Anfang 7 1/2 Uhr. **Der Weg zur Hölle.** Schwan in 3 Akten von G. Kadelburg. **Sonabend:** Zu kleinen Preisen. **College Crampton.**

Die sozialdemokratische Frauenbewegung.

Die Vertrauensperson der Genossinnen... Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Unter sozialdemokratischen Genossinnen... Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

In Lübeck sind... Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Sehr wichtig ist... Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

hemmen. Im Berichtsjahre hat die Vollzeitschöffe... Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

lage. Die Auffassung ergab, daß in 45 Orten allmonatlich... Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in den letzten Jahren...

Die Heiterheit.

Von Otto Lubwig.

(28 Fortsetzung)

„Der Finger wird heiß, weiter ist's nicht.“... Die Heiterheit.

„Was ist's denn?“... Die Heiterheit.

„Na und da sind die Folgen davon!“... Die Heiterheit.

„Der Name Heiterheit... Die Heiterheit.

„Wer war glücklicher... Die Heiterheit.

„Aber, Fräulein... Die Heiterheit.

„Nacht erst gesagt... Die Heiterheit.

„So ist's morgen... Die Heiterheit.

„Er hat wieder... Die Heiterheit.

„Ja doch, Fräulein... Die Heiterheit.

„Dann sag... Die Heiterheit.

„Der Meister aber... Die Heiterheit.

„Das Leben wird... Die Heiterheit.

„Ich hab heute... Die Heiterheit.

„Er sagte sich... Die Heiterheit.

„Die Alte erwidert... Die Heiterheit.

„Das Nichts... Die Heiterheit.

„Die Alte wollte... Die Heiterheit.

„Dadurch erfährt... Die Heiterheit.

„Das letzte kam... Die Heiterheit.

„Freilich die... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

Wenn sie ihm... Die Heiterheit.

„Könnte sie... Die Heiterheit.

„Das konnte... Die Heiterheit.

„Zu dem... Die Heiterheit.

„Er denn?... Die Heiterheit.

„Ich bisset... Die Heiterheit.

„Die Heiterheit... Die Heiterheit.

„Sagen aber... Die Heiterheit.

„Die Heiterheit... Die Heiterheit.

„Dadurch erfährt... Die Heiterheit.

„Das letzte kam... Die Heiterheit.

„Freilich die... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

„Das Holde... Die Heiterheit.

respondenz umfangreicher geworden. In Briefen sind eingegangen 1227; ausgegangen dagegen 3634; die Zahl der eingelassenen Postkarten betrug 335; die der ausgegangenen 474; es wurden 1422 Pakete Drucksachen versandt.

An der Aufbringung von Geldern für die Zentralkasse beteiligten sich dieses Jahr 110 Gede gegen 54 im Vorjahr. Sie betragen insgesamt ein 4394 Mk. 76 Pf., dem steht eine Ausgabe von 3854 Mk. 46 Pf. gegenüber, so daß der Bestand 540 Mk. 30 Pf. beträgt.

Die mündliche Agitation hat aus der Zentralkasse 1589 Mk. 90 Pf. beantragt; für Drucksachen wurden insgesamt 1555 Mk. 16 Pf. verausgabt; für Porto sind 550 Mk. 25 Pf. aufgewendet, und für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 159 Mk. 15 Pf. Rasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung gefunden wurden.

Sozialer und Parteileben.

Ein Expressionsprozeß, der dieser Tage vor dem Landgericht in Alzenburg zur Verhandlung kam, ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie die heutige Justiz gegen Arbeiter verfährt. Der im vergangenen Frühjahr und Sommer in Rahlta ausgefochtene Maurerstreik hatte am Freitag ein Nachspiel vor dem Landgericht in Alzenburg. Angeklagt waren der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels, Buchhändler Bernhard Pöck (Landtagsabgeordneter), der Vorsitzende des Verbandes der Maurer, Raure, und der Elßler Seidel. Sie waren unter Anklage gestellt, weil sie den angefangenen Erweiterungsbau des Restaurants „Zum Rosengarten“ durch nicht geschäftlichen Druck auf den Bauherren in die Hände der scheidenden Bauarbeiter zu legen bestrebt waren und dies auch erreichten. Die Bauarbeiten hatte ursprünglich der Maurermeister F. Fiedl übernommen, der die Forderungen des Maurer abgelehnt hatte und meistens Nicht-verbändler am Rosengartenbau beschäftigte. Da in dem Lokal seit Jahren fast nur organisierte Arbeiter verkehrten, so glaubte das Gewerkschaftsartikels, zu der Sachlage Stellung nehmen zu sollen. Es wurde eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden und den beiden namhaft gemachten Delegierten, gewählt, die mit dem Besitzer des Lokals, Brauereibesitzer Degea, verhandeln und ihn ersuchen sollte, an diesem Bau nur organisierte Maurer zu beschäftigen. Da der „Rosengarten“ Gewerkschaftshaus sein soll. Herr Degea erkannte an, daß dort 80 pBt. Arbeiter und nur 20 pBt. „Bürgerliche“ verkehrten. Da er die Arbeiterschaft nicht einbilden wollte, so ließ er alsbald die Arbeiten am „Rosengarten“ einstellen und übergab die Maurerarbeiten dem Bauunternehmer Franke, der den Bau unter Bedingungen, mit denen sich die organisierte Arbeiterschaft einverstanden erklärte, vollendete. In diesem Tatbestand erblickte das Gericht eine Expression und verurteilte die drei Kommissionsmitglieder des Gewerkschaftsartikels zu der Strafe von je 4 Wochen Gefängnis. Die Verurteilten wollen Revision einlegen, weil sie behaupten, für den vorliegenden Fall treffe der Tatbestand der Expression nicht zu. In der Tat gehört schon ein bedeutendes Maß von — Zurechnung dazu, bei dem Vorgehen der drei Männer an Expression auch nur zu denken.

Blau Bohnen den Streikern. In Kaiserslautern streikten im Eisenwerk 300 Arbeiter und mehr. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun, um das Eisenwerk zu schützen. Dem Anschlag von Plakaten, die die Bevölkerung und etwaige Arbeitwillige über den Stand der Dinge informieren sollten, hat die Hochwohlwollende verboten, weil darin die objektiv unrichtige Behauptung aufgestellt werde, daß in einigen Abteilungen des Werkes alle Arbeiter die Arbeit niedergelegt hätten, während noch „eine Anzahl“ Arbeiter darin beschäftigt sei. Es sei also anzunehmen, „daß bei den bei dem Streik nicht beteiligten Arbeitern sowohl, wie bei denjenigen, die geneigt wären, in Arbeit zu treten, unrichtige Auffassungen bezüglich des Umfangs des Streikes hervorgerufen werden, weshalb im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung die nachgesuchte Erlaubnis zu verweigert war.“ In diesen Maßnahmen erschöpft sich aber die Fürsorge der Behörde für das bestreikte Eisenwerk noch nicht. Die Mainzheimer „Volksstimme“ war in der Lage, folgende Soldatenpostkarte zu veröffentlichen:

Landau (Pfalz), 3. Sept. 06.

Lieber Bruder!

Sch hatte ja Dir geschrieben, ich käme heute abend

zwischen 5 und 6 Uhr, aber leider war es mir nicht möglich; denn heute mittag kam der Befehl; es darf niemand aus der Kaserne, viel weniger in Urlaub. Denn wir werden jedenfalls nach Kaiserslautern kommen, weil dort ein großer Streik bei den Metall- und Holzarbeitern ausgebrochen ist. Wir kommen jedenfalls heute abend dochhin. Es ist heute eine sehr scharfe Munition gefaßt worden für nach Kaiserslautern. Jedenfalls gibt es da auch Blut wieder. Jedem freundlichen Gruß usw.

Die „Pfälzische Post“, unser Ludwigshafener Parteiblatt, teilt dazu mit: Die Angaben der Postkarte schienen uns gerabzu unzulässig. Wir waren der Meinung, daß es sich um eine Mißfaktion, um einen schlechten Witz eines vielleicht fälschlich veranlagten Soldaten handle. Aber genaue Untersuchungen an zuverlässiger Quelle haben bestätigt, daß sich die Sache so verhält, wie sie in der Postkarte angegeben ist. Die im Landau vom Märzher zurückgebliebenen Mannschaften des 18. Infanterieregiments wurden wegen des Kaiserslauterer Streiks in Madsch bereitgestellt gehalten! — Blau Bohnen den Streikern!

Personalien. Genosse Berner-Forst wurde zum Redakteur für den lokalen Teil der „Brandenburger Zeitung“ an Stelle des zum 1. Oktober wieder ausscheidenden Genossen Fätsche gewählt. Genosse Berner hat vor Artikl seiner neuen Stellung noch eine dreimonatige Freizeitsstrafe zu erlebigen, die er am Mittwoch antritt.

Freie Wanderbücherei! In der „Kommunisten-Presse“ finden wir folgenden Aufruf: Um den Parteigenossen in kleinen und kleinsten Orten Gelegenheit zur Fortbildung durch das Lesen guter Bücher zu gewähren, hat der Vaterland eine kleine „Freie Wanderbücherei“ eingerichtet. Sie steht den Parteigenossen völlig kostenlos zur Verfügung. Einrichtung und Benutzung geschieht nach folgenden Grundregeln: 1. Die Freie Wanderbücherei besteht aus verschiedenen Reihen von je 10-12 Bänden. Jede Reihe ist in einer Versandliste untergebracht. 2. Parteigenossen, die an ihrem Wohnort nicht über eine Vereins- oder andere Bibliothek verfügen, erhalten eine Bücherliste auf je 3 Wochen portofrei und unter Beifügung des Rückpostos zugesandt. Sie erkennen unter sich einen Vormann, der die Bücherliste vermag, die Bücher zum Lesen ausleiht und für pünktliche Rückführung sorgt. Nach Ablauf der Benutzungsdauer ist die Bücherliste sofort zurückzusenden. 3. Die Bestellungen müssen die genaue Adresse des Bestellers und den Stempel des für den Ort zuständigen Parteivertrauensmannes tragen, der dadurch aber keine Haftung übernimmt. 4. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens ausgeführt. Die erste Versendung erfolgt am 1. Oktober d. J. 5. Die Freie Wanderbücherei umfaßt vorerst Werke von: Zebel, Büchner, Deutsch, Döbel, Eisner, Engels, Goethe, Großbahn, Herber, Joffe, Jurek, Kautsky, Kennan, Propastin, Lange, Leroy-Beaulieu, Liebknecht, Lindemann, Lissagaray, Marx, Schiller, Schurz, Schweichel, Singsheimer, Vandervelde usw. Dr. Albert Südekum, Mitglied des Reichstages. Adresse: Berlin W. 10.

Aus Nah und Fern.

Wenn das nicht gut ist . . . Eine Betrugsanzeige eigener Art ist der Berliner Kriminalpolizei zugegangen. Ein Mann, namens Hammer, preist durch Karten, die er versendet, ein sicheres Mittel gegen Wangen an. Er fügt gleich Bestellkarten bei, auf die ein sein wirkliches Mittel gegen Wangen von 1.30 Mk. zu sehen. Weil es in Berlin an Wangen nicht fehlt, so blieben auch die Bestellungen nicht aus. Die Leute erhielten dann für 1.30 Mk. ein Paketchen mit einer einfachen kleinen Bürste und einer fotografischerten Gebrauchsanweisung. Diese empfielt den Bestellern, zu der Bürste noch einen Lappen und eine Leiter zu nehmen, dann sechs Wochen lang die Tapeten von oben bis unten gründlich abzuwischen und abzuwischen und alles, was herunterkommt, sorgfältig zu verbrennen. Nach Ablauf von sechs Wochen würden die Wangen sicher verschwunden sein. Einer der Empfänger dieses Mittels hat sich für betrogen und erstattete Anzeige. Es fragt sich aber, was Staatsanwalt und Richter dazu sagen werden, wenn der Mann nicht erst das Mittel auf seine Unschicklichkeit probiert. Rät mag Hammer doch wohl haben, wenn

man genau nach seiner Gebrauchsanweisung vorgeht. Es dürfte erinnerlich sein, daß ein smarter Yankee ein unschlagbares Mittel gegen den Koloradofäher anpries. Wer fünf Dollars einschickte, bekam zwei Holzstücke mit der Gebrauchsanweisung: „Man fange den Käfer, lege ihn auf das eine Holzstück und brühe das andere fest darauf.“ Der Berliner hat also den Amerikaner nur nachgemacht.

Sehr splendid ist die Gebärme des ersten „Kaiserentlas“ behandelt worden. Für neugierige Gemüter sei hier mitgeteilt, daß die Gebärme des jüngsten Hohenzollernsprössen, Frau verwitwete Dierpostassistentin Köyer in Steglitz aus Anlaß der Geburt des Prinzen Wilhelm von dem Kronprinzen 1500 Mk., von der Kronprinzessin 300 Mk. und eine kostbare Brosche mit dem Bildnis des Kronprinzenpraxen zum Geschenk erhalten hat. Hierzu fügte die Kaiserin noch eine sehr wertvolle Brosche mit dem Bildnis des Kaiserpraxen bei. Die Frau hat Interesse an einem reichen Klüberlegen der Hohenzollern.

Der Chinakrieger als Mörder. Wir haben bereits von einem bei Hofe (Baher) begangenen Selbstmord an der Dienstadt Marie Gaf Abweisung gemacht. Die nicht ermittelten Einzelheiten sind grauenvoll. Der mutmaßliche Mörder, ehemalsiger Chinakrieger, verheiratet und Vater dreier Kinder, lebte in letzter Zeit getrennt von seiner Frau, die er des öfteren brutal behandelt haben soll. Am Sonntag, 2. September, war er im Tanzsaal in Hofe und verkehrte auch daselbst mit der ermordeten Marie Gaf. Wie man erzählt, übergab er ein großes feststehendes Messer der Wadefrau bis zu seinem Weggange zur Aufbewahrung. Im Tanzsaal soll er der Gaf gegenüber erklärt haben: „Du verr . . . heute noch!“ Die Leiche der Gaf war scharflich zugerichtet, sie hatte acht Stiche, davon einen 6 Zentimeter langen vom Hals bis zur Brust, der Halsschnitt hatte eine Breite von 16 Zentimeter und ging bis zur Wirbelsäule. Das Scheusal hatte offenbar die Absicht, den Kopf abzutrennen. Ein scharflicher Kampf hatte jedenfalls stattgefunden, die Ermordete hatte beim Auffinden der Leiche zwei Schürzenhaare in der Hand, einen Hosenknopf fand man ebenfalls am Tatorte und eine Strecke davon entfernt ein blutiges Taschentuch. Die zifrigen Recherchen der Gendarmerie führten schließlich zur Verhaftung des der Tat verdächtigen Weid. Derselbe leugnete jedoch bei seiner Vernehmung die Tat. An seiner Hofe fand man Blutspuren, ebenso am Hut. Befragt, woher diese kommen, gibt er an, er habe zu Hause ein Huhn geschlachtet und davon seien die Blutspuren. Sein Taschenmesser zeigte ebenfalls Blutspuren. Nach seinem Tod und seiner Waise befragt, die er am dem Sonntag getragen habe, gibt er an, er könne über den Verbleib derselben keine Auskunft geben. Ebenso verhält es sich auch mit dem langen Messer.

Hausgravierpoesie und Hausgravierpatriotismus. Im „Danziger Generalanz.“ empfiehlt ein Hausbesitzer Wohnungen in verschiedenen Straßen durch folgende schöne Reime:

Sucht' eine Wohnung in Langfuhr
In jeder schöner Lage,
Dann komm' zu Edman und Kirke nur
Zu mieten alle Tage.

Was Technik und Erfahrung lehrt,
Das ist dort aufgebauet,
Das Gute wird heut' noch begehrt,
Kommt, suchet, sehet, schauet.

Sonnige Räume, herrlich und schön,
Rüche und Kammer aufs beste bestellt,
In dort in meinen Häusern zu sehn,
Wie es der deutschen Hausfrau gefällt.

Ein schönes Heim im guten Haus;
Und kommt der Kaiser nach Langfuhr,
So gehst du gar nicht erst hinaus,
Dann trittst du in den Erker nur.

Gewiß wird der poetische Hauswirt für die Annehmlichkeit daß seine Mieter des Kaisers wegen gar nicht erst auf die Straße zu gehen brauchen, die Miete höher berechnen.

kam ihm sein Beruhigungseifer noch einmal. Er wandte sich mühsam und versicherte: „Keinen Tropfen, Frau Holzerin, keinen Tropfen!“

Des Mondes Prophezeiung erfüllte sich. Die Heiterkeit war noch nicht eingeschlagen, als es schon zu rieseln begann. Wie sie erwartete, hörte sie die fallenden Tropfen im Strohhauch rauschen und auf den Blättern des Holunders zerplätschen. Und noch ehe die Stunde schlug, wo sie gewöhnlich auf den Tagelohn ging, eß es mit Ranken.

Ein kleines Mädchen kam ihr für heut die bestellte Arbeit abzuliegen.

„Morgen wird's schon anders Wetter sein,“ meinte die Heiterkeit.

Das Mädchen sagte im Beggehen: „Das Annedorle braucht nicht eher zu kommen, bis die Mutter mich wieder nach ihr schickt.“

Die Heiterkeit sah ihr einen Augenblick besremdet nach. Dann sagte sie: „Schad' nix. Ist's nicht da, so ist's wo anders. Arbeit gib't's genug.“

Die Annewarie tat diesen Morgen ganz einfüßig, als sie herabkam, um die Heiterkeit in der Wartung des Kindes abzulösen.

Eben ließ die Wirtin die Stühle und Tassen abholen, welche die Frauen bei ihrem gezwungenen schmerzigen Abzuge nicht hatten mitnehmen können. Das zu sehen, tat der guten Alten in der tiefsten Seele leid. Jedem einzelnen Stuhle blühte sie einen wehmütigen Abschied nach. Die vornehmen Besuche und deren Sorgen und Bemühungen um die Heiterkeit hatten dieser in ihren Augen eine Art Wichtigkeit gegeben, einen Glanz, von dem ein Teil verklärend auf sie selber fiel. Sie hatte die Empfindung eines alten angereichten Dieners, der in dem Ansehen seiner herantretenden Herrschaft sein eigenes schreien sieht. Sie hatte die Heiterkeit lieb und meinte sich darnach im Rechte, in dem Bruch der Heiterkeit mit den großen Weibern noch eine besondere Lieb-

losigkeit gegen sie selber zu sehen. Es hatte sie schon bekümmert, daß die Heiterkeit nicht einmal bei einzigen Weibern nicht unbedingt recht gab, so begriff sie doch in ihrem Respekt vor ihnen nicht, wie ein Aeres gegen sie könnte recht haben wollen. Daß die Heiterkeit dies aber wirklich gewollt, kam ihr ordentlich wie ein Majestätsverbrechen vor.

Da die Heiterkeit zu Hause blieb, war sie überflüssig und tappte kopfschüttelnd langsam wieder in ihr Stübchen hinaus.

Das Mädchen hatte sich mit einer Näherin an das vordere Fenster gesetzt — das hintere behielt sich der Holunderbusch ganz allein zum Hersehehen vor — und bemerkte, in Gedanken vertieft, den Abgang der Alten nicht.

Sie hatte ein Tag dem andern so unmaßlich gesehen, als seit die Heiterkeit zum letztenmal nach dem Hainhammer gefahren war. Der heutige hatte wieder sein ganz eigenes Gesicht. Es war, als wäre das Stübchen seit seiner Erbauung zum erstenmal leer, seine Wände rückten immer weiter auseinander. Der Holunderbusch sah wie glasigpfig aus; so sehr war man daran gewöhnt, ihn den ganzen Tag aus einer tauschendlichen Ferne herauszublicken zu sehen. Das Kind, das um die Heiterkeit spielte, hielt unentwöhnt noch den kleinen Raum ein, der allein ihm wochenlang zur Benutzung geblieben, und wuß noch immer all den Pausen aus, die nicht mehr vorhanden waren. Um die Stelle, wo die Wirtin gesessen, bewegte es sich noch nicht anders, als in einem weiten Kreisabschnitte. Vermied hoch die Heiterkeit selber, im Vorbeigehen mit der seitwärts schwebenden Haube der Wirtin zusammenzu stoßen.

Außerdem vergaß sie alles über den Gedanken an den Feil. Die Befürchtungen und Gespäche der früheren, die Angst und das Mittel der letzten Tage hatten sie so sehr

gewöhnt, an ihn zu denken, daß sie es nicht mehr wußte, wenn sie es tat.

Eine eigene Wirkung hatte dieses Denken an den Feil. Das Bewußtsein ihrer Verschuldung, ihr Sinnen, wie sie das, was nicht mehr ungetan zu machen war, wenigstens zum Teil ausgleichen wollte, wedte vertiefend die innere Welt, die bis jetzt in dem handfertigen Mädchen unter der fortwährenden Richtung ihrer Räfte auf erwidende Körperarbeit und die äußeren Dinge des Lebens geschlummert hatte. Das zeigte sich bald auch in ihrem äußeren Ansehen. Ihr Blick wurde tiefer. Dem Kenner wären die Anfänge eines neuen Daseins in ihr lesbar gewesen. Es hätte ihn an jene topographischen Pläne erinnert, wo neben und über dem gegenwärtig Vorhandenen mit schwächeren Linien die beabsichtigten Umgestaltungen eingezeichnet sind.

Uab Zeit hatte sie und sollte immer noch mehr Zeit haben für die ruhige Entwicklung dieses neuen Daseins.

Während der Nacht hatte der Regen eine Pause gemacht; noch vor der Sonne des nächsten Tages begann er wieder seine einödnige Musik. Den ganzen dritten Tag zitterten die Blätter des Holunders unter den zerplätschenden Tropfen. Am vierten geriet der Regen in Zorn, daß die Ringe, die er unermüdetlich grau in grau auf die wachsenden Büschen zeichnete, immer wieder zerfloßen; er nahm seinen schärfsten Stiß und schien nicht eher ruhen zu wollen, als bis es ihm gelang, sie unzerstörbar einzugraben. Das Wachen selber konnte die Augen nicht offen erhalten, die Fröhlichkeit selber wurde schwermütig bei dem einödnigen Liede, das er sich dabei sang.

Stunde um Stunde verging, Tag um Tag, Woche um Woche; was allein blieb im ewigen Wechsel, das war der Regen. Aber wer keine Uhr besaß, für den gab es bald nicht mehr Nacht und Tag. Himmel und Erde unterschieden sich nur noch durch das Oben und Unten.

(Fortsetzung folgt.)